

Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 12. November 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-03-0103

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.07.2013 -

Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013

Echte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden

Demokratie lebt vom Mitmachen. In einer Gesellschaft, in der sich der Großteil der Menschen von einer politischen Teilhabe verabschiedet, hat die Politik ein Legitimierungsproblem.

Mit einem professionellen Management für die Beteiligung der Öffentlichkeit kann dieser Entwicklung etwas entgegengesetzt werden. Gerade in Wiesbaden gibt es zahlreiche Beispiele von Bürgerbeteiligung, wie sie nicht erfolgen soll (Zollspeicher Biebrich, Rhein-Main-Hallen).

Bürger wurden zu spät einbezogen, sie konnten nicht über wirkliche Alternativen entscheiden oder ihr Votum wurde nicht berücksichtigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

um in Zukunft bessere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen, ein **BürgerInnenbeteiligungskonzept** zu erarbeiten. Dieses Konzept stützt sich auf folgende Grundsätze für Öffentlichkeitsbeteiligung:

- | | |
|------------------------|------------------------------|
| 1. Frühzeitigkeit | 6. Offenheit |
| 2. Transparenz | 7. Respekt |
| 3. Klarheit | 8. Kontinuität |
| 4. Glaubwürdigkeit | 9. Persönliche Verantwortung |
| 5. Handlungsspielräume | |

und soll folgendes beinhalten:

1. Es wird die Stelle einer/eines **Bürgerbeauftragten** als Stabsstelle eingerichtet, die/der die Aufgabe hat,
 - a. Verwaltung und Stadtspitze bei Projekten mit Bürgerbeteiligung zu beraten
 - b. die Idee der Bürgerbeteiligung in die Verwaltung zu tragen und sie zu sensibilisieren für den Umgang mit Bürgeranliegen
 - c. bei allen Bauprojekten, die wegen ihrer Größe und/oder Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger von Interesse sind, Bürgerbeteiligung, die über die gesetzlich vorgeschriebene hinausgeht, zu implementieren und zu begleiten. Dabei ist besonders auf die Einbeziehung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, beispielsweise auch Migrantinnen und Migranten, zu achten.
 - d. Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen
 - e. regelmäßige Bürgerversammlungen in den Stadtteilen zu aktuellen gesamtstädtischen Themen zu organisieren

- f. Ideen zum Bürgerhaushalt - evtl. unter Nutzung der Ortsbeirätestrukturen - zu entwickeln
2. Die **Kinder- und Jugendpartizipation** soll über die repräsentative Beteiligung in Form des Jugendparlaments hinausgehen. Insbesondere bei Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, die Jugendliche besonders betreffen, soll diese Bevölkerungsgruppe in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Es ist zu prüfen, wie offene Beteiligungsformen (Kinder- und Jugendversammlungen, Konferenzen, Sprechstunden) und projektorientierte Formen etabliert werden können. Hierzu sind die Ausarbeitungen des Hessischen Jugendringes e.V. zu beachten. Es ist eine feste Ansprechstelle bei der Stadt für Kinder- und Jugendliche einzurichten.
3. **E- Partizipation und Information** ausbauen. Viele Menschen, insbesondere Jüngere, können besonders gut über Beteiligungsformen im Internet angesprochen werden. Das Internet ist mittlerweile wichtigste Informationsquelle. Es ist auszuarbeiten wie einerseits Informationen adäquat im Internet bereit gestellt werden können (vgl. Pkt. 4, Haushalt, aber auch bspw. Dokumentenmanagement im Netz), aber auch wie Bürgerinnen und Bürger direkte Feed-Back Möglichkeiten erhalten können.
4. Weiterhin an einer **Verbesserung der Transparenz und Lesbarkeit des städtischen Haushalts** zu arbeiten und eine verkürzte, transparent und einfach dargestellte Gesamtübersicht über den städtischen Haushalt (analog zur Darmstädter Broschüre) zu entwickeln, den Gremien vorzustellen und nach Beratung online zu stellen.

Beschluss Nr. 0100

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.07.2013 betr.

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

hat durch die Annahme des gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.11.2013 zu diesem Thema im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration (13-F-33-0096 - Beschluss Nr. 099) seine Erledigung gefunden.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .11.2013

Spallek
Vorsitzender